



⇒ Christian Christen

(K)ein Staat zu machen? Thomas Biebricher gibt einen Band zum neoliberalen Grundmythos heraus

»Wie hältst Du es mit dem Staat?« Viele zeitgenössische Diskussionen berühren immer auch diese gesellschaftspolitische Kernfrage. Dies ist kaum überraschend, da mit dem Aufstieg des Neoliberalismus als wirkungsmächtigem Paradigma im sozialwissenschaftlichen Diskurs und in politischen Debatten seit den 1970er Jahren das Verhältnis von Staat, Gesellschaft, Markt – und damit von Kollektiv und Individuum – neu verhandelt, austariert und praktisch formiert wurde. In der Regel beinhalten die Analysen, Empfehlungen und politischen Entscheidungen immer auch normative Positionen über den ›Staat‹. Öffentlich deutlich wird dies, wenn etwa von staatlichen Kontrollverlusten im Zuge der Migrations- und Flüchtlingsströme gesprochen, eine Kumpanei staatlicher Institutionen mit Automobilkonzernen (Dieselskandal) beklagt oder das Totalversagen staatlicher Regulations- und Aufsichtsstrukturen als Auslöser der jüngsten globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 ausgemacht werden.

Die Interpretation über die ›richtige‹ respektive ›falsche‹ Aufgabenwahrnehmung des Staates folgt dabei nicht allein pragmatischen Funktionserwägungen. Vielmehr gibt es in der neoliberal geprägten Zeit einen ›Ideenkampf‹, der zwischen zwei Polen changiert: Einerseits werden starke Kontroll-, Macht- und Interventionsfunktionen eines idealisierten Staates unterstellt, der – vermeintlich über der Gesellschaft stehend – das sozio-ökonomische Gefüge zum Besten aller ordnen könne. Andererseits wird in einer ähnlich idealtypisch konstruierten Form die Idee eines Minimalstaates formuliert, der im Sinne eines spezifischen Freiheitsbegriffs zurechtgestutzt und tagtäglich vor Instrumentalisierungen durch gierige Interessengruppen u.ä. geschützt werden müsse.

Schon diese vereinfachte Gegenüberstellung weist auf unzählige Widersprüche vieler zeitgenössischer Debatten hin und legt nahe, nach dem ›richtigen‹ Staatsverständnis zu fragen. Wie aber schon die Forschung seit

Thomas Biebricher (Hg.) (2016): Der Staat im Neoliberalismus, Baden-Baden: Nomos. 285 S., ISBN 978-3-8487-3256-2, EUR 49,00.

DOI: [10.18156/eug-1-2018-rez-2](https://doi.org/10.18156/eug-1-2018-rez-2)

Jahrzehnten belegt, gibt es nicht den *einen* Neoliberalismus; und so ist dann auch dessen Staatsverständnis sehr differenziert und ambivalent. Wer die Ursachen und Folgen dieses Facettenreichtums besser verstehen will, findet in dem von *Thomas Biebricher* herausgegebenen Sammelband sehr profunde Erklärungen.

Den Auftakt im ersten Abschnitt ›Der Staat im neoliberalen Denken‹ (31–120) macht *Ralf Ptak* (31–73) mit seinem Beitrag, der das Staatsverständnis im deutschen Ordoliberalismus, der einflussreichsten neoliberalen Strömung der Nachkriegszeit, analysiert. Im Unterschied zum angelsächsischen Verständnis ist das ordolibérale Staatskonzept für Ptak Ergebnis einer spezifisch deutschen Rezeption des klassischen Liberalismus. Das ordolibérale Staatsverständnis ist Ptak zufolge in seinem Ursprung autoritär und hierarchisch geprägt, woraus sich u.a. die genuine Skepsis bis offene Ablehnung der Demokratie erklärt, die ja stets die Möglichkeit der Änderung eben dieser ›Ordnung‹ beinhaltet. Diese Skepsis richtet sich vor allem gegen den staatlichen Einfluss auf ›die Wirtschaft‹ und stelle zugleich den Markt ins Zentrum, den der Staat ordnungspolitisch und verfassungsrechtlich durchsetzen und gewährleisten soll oder immer wieder aktiv konstruieren muss. Der Ordoliberalismus wird später, wie Ptak betont, zum Bezugspunkt für das unter dem Label ›Soziale Marktwirtschaft‹ firmierende deutsche Erfolgsmodell; und so ließen sich bis heute fest verankerte Sprachbilder und Argumentationen sehr leicht für die Legende vermeintlich erfolgreicher staatlicher Ordnungspolitik nutzen. Ptak weist in diesem Zusammenhang auf Schwächen und eklatante Widersprüche der ordoliberalen Theorie hin und stellt den Wandel des neoliberalen Staatsdiskurses aus deutscher Perspektive dar. Spätestens mit der ›Neuen Institutionenökonomik‹ und der ›Neuen Politischen Ökonomie‹ würden die ordoliberalen Vorstellungen jedoch hinfällig, auch wenn von den verbliebenen Ordoliberalen der Gegenwart zur eigenen Selbstvergewisserung gerne von einer ›Neuen Ordnungsökonomik‹ gesprochen werde. Angesichts der analytischen Schwächen und Kontroversen fragt Ptak zu Recht nach »der Substanz der neuen Ordnungsökonomik und danach, was von den weiterhin gefeierten Gründungsvätern des Ordoliberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft bleibt« (66f.). Für das Staatsverständnis kann mit Ptak geschlossen werden: nicht viel, denn der deutsche Sonderweg des neoliberalen Rasonierens ist theoretisch wie praktisch an sein Ende gelangt.

Dieser Abstieg fällt mit der wachsenden Rezeption der angelsächsischen Variante zusammen, die insbesondere durch Friedrich August v. Hayek geprägt wurde. *Raymond Plant* (75–96) führt Hayeks

Staatsverständnis auf dessen erkenntnistheoretische Positionen zur Idee der ›negativen Freiheit‹ zurück. Nicht die bewusste Bewahrung einer idealtypischen Ordnung, sondern Suchprozesse, Wettbewerb und Konkurrenz seien hier von zentraler Bedeutung. Der Staat werde von Hayek rein funktional als Instrument zur Gewährung von Freiheitsrechten für ein abstraktes Marktindividuum definiert. Sein Wertsubjektivismus gründe auf dem moralischen Ideal des Rechtsstaates, der bewusste politische Zieldefinitionen strikt ablehne, sobald sie soziale, ökonomische oder politische Änderungen avisiert. Hayeks ›Freiheit‹ ist einzig Abwesenheit von Zwang, wie Plant schreibt; und deshalb gebe es keinen rationalen Grund für die Korrektur von Marktergebnissen. Folglich ist der Wohlfahrts- bzw. Sozialstaat für Hayek ein ständiges Ärgernis, letztlich sogar eine irrationale Kategorie. Plant zeigt auch, dass Hayeks Positionen nicht immer widerspruchsfrei oder gar logisch sind und vieles gar nicht klären, sondern auf abstrakte, irrealen Annahmen rekurrieren, die voraussetzungslos geteilt bzw. geglaubt werden müssen. Dann macht Plant zufolge Hayeks Position zum ›Staat‹ überhaupt erst Sinn.

Die Voraussetzungen von Theorien und die interne Kontroverse um das ›richtige‹ Staatsverständnis greift *Reinhard Zintl* (99–120) anhand der vertragstheoretischen Positionen von James Buchanan auf; und er komplettiert damit die theoretische Basis des neoliberalen Raisonierens zum Staat. In Kontrast zu Hayeks Ansätzen stellt Zintl u.a. die *Public Choice*-Theorie dar und verweist auf das Motiv der Kooperation und die Existenz von Kollektivgütern, die in den subjektivierten, auf das atomisierte Individuum abgestellten Ansätzen keinen Platz haben oder nur als spezifische Abweichung von der Norm gelten. Trotz des realistischeren Ansatzes von Buchanan bleibe aber der negative Freiheitsbegriff weiterhin zentral, und so gehe es bei politischen Entscheidungen nie darum, dass »das einzige und beste Gemeinwohl gefunden und realisiert wird – sondern darum, mithilfe welcher Schranken sich Schlechtes vermeiden lässt« (103). Auf unterschiedlichen Ebenen wird von Zintl das Spannungsverhältnis zwischen Buchanans Idee des Schutzes von Freiheitsrechten und vor Enteignung einerseits und der Möglichkeit und Fähigkeit staatlicher Interventionen andererseits beschrieben, um die Entfaltung dieser Freiheitsrechte überhaupt erst zu ermöglichen. Ein aktiver Staat gehöre deshalb auch aus vertragstheoretischer Sicht genuin zum Neoliberalismus, wobei seine Ziele und Aufgaben klar determiniert bleiben. Alternativen seien lediglich Differenzen des ewig Gleichen, die im strikt vorgegebenen Rahmen denk- und umsetzbar sind. Alles andere ließe sich nicht legitimieren und bliebe sozio-ökonomisch falsch.

Werden im ersten Abschnitt die neoliberalen Kernthesen über Staat, Gesellschaft und Individuum präsentiert, stehen im zweiten Abschnitt des Bandes unter der Überschrift ›Die Analyse des neoliberalen Staates‹ (123–206) politische, sozio-ökonomische und kulturelle Veränderungen im Zentrum.

Eröffnet wird dieser Teil von *Bob Jessop* (123–151), der den staatlichen Funktionswandel anhand des Post-Fordismus-Ansatzes und der ihm zugehörigen Regulationstheorie sowie mit Hilfe von Gramscis Hegemoniebegriff erfasst. Unterschiedliche Interessen von Individuen und Volkswirtschaften, Klassenstrukturen, Macht und Herrschaft werden dabei angeführt, sodass Jessops Beitrag die konkrete Etablierung des Neoliberalismus realitätsnäher beschreibt. Die Formierung des Staates ist demzufolge weder der Einsicht in metaphysische Ordnungsstrukturen, der ewigen Suche im rationalen Wettbewerb, noch vertragstheoretischen Prinzipien geschuldet. Neoliberalismus ohne Staat sei vielmehr weder denk- noch machbar, wie Jessop über verschiedene historische Phasen zeigt. Politische Interventionen mit unterschiedlichen Zielen in divergierenden Akkumulationsregimen würden somit primär den staatlichen Funktionswandel begründen und die hegemonialen Kämpfe um Deutungshoheiten und Legitimationen prägen. Laut Jessop geht es ganz real um Herrschaft und Klassenkonflikte, sodass die Frage nach einem abstrakten Staatsverständnis des Neoliberalismus zu kurz greife, da sie die Ambivalenzen und Paradoxien nie als dessen genuine Bestandteile erkennen lasse.

Herrschaft, Macht und Hierarchie sind auch entscheidend für *Birgit Sauer* (153–181), die den staatlichen Funktionswandel im Neoliberalismus mit den gesellschaftlichen Geschlechter- und Rollenverhältnissen verbindet. Sauer zeigt dazu exemplarisch, dass die Zuschreibung sozialstaatlicher Instrumentarien und Institutionen als ›weiblich‹ diffamiert werde, während Konkurrenz, Leistung und Wettbewerb und der neoliberale Wertekanon ›männlich‹ und positiv konnotiert seien. Über die Änderung der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie institutionelle Modifikationen würden schließlich heteronome Rollen- und Geschlechtermuster als modern und geschlechterneutral präsentiert. Das Versprechen, den Konkurrenzkampf als Individuum durch Leistung gewinnen zu können, entfalte darüber seine große Kraft. Denn »Staatlichkeit und staatliche Macht müssen diskursiv abgesichert werden [...] nicht nur als Zwang (Gewaltmonopol), sondern auch als Form der Überzeugung und Bewusstseinsbildung« (161); und es fällt Sauer zufolge dabei dann kaum auf, dass die neoliberale Staatlichkeit von einem neuen Paternalismus begleitet wird. Die größere Sichtbarkeit von Frauen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft und das Frei-

heitsversprechen des Marktindividuums seien deshalb für sich genommen kein Beleg für das Verschwinden diskriminierender Geschlechterverhältnisse und Hierarchien. Im Gegenteil führe die wachsende sozio-ökonomische Ungleichheit sogar dazu, dass sozialpolitische, demokratische und emanzipatorische Ansätze »sicherheitstechnischen, tendenziell maskulinistischen Steuerungsformen und -diskursen weichen mussten« (177).

Sicherheitstechniken und damit staatliche Rechtssetzung und Strafe bestimmen auch die Perspektive von *Loïc Wacquant* (183–206). Für ihn stellt sich Neoliberalismus dar als »funktionale Verknüpfung der wirtschaftlichen Deregulierung mit einer überwachenden (unter dem Namen *workfare* bekannten) Arbeitspolitik und einer harten Politik der Strafverfolgung, wobei sich alle Maßnahmen wechselseitig verstärken« (186). Hier zeige sich die ganze Doppeldeutigkeit von staatlicher Praxis, was sich empirisch durch das Vorgehen des Staates im bürokratischen Feld des Verwaltungshandelns zu erkennen gebe: Während es einerseits härtere Strafen für abweichendes Sozialverhalten und Eigentumsdelikte gebe und die aktive Resozialisierung nach der Haft auf dem Rückzug sei, würden andererseits zeitgleich Unternehmens- und Einkommensdelikte von eher gut situierten Personen/Gruppen nicht mehr hinreichend verfolgt oder völlig lax geahndet. Generell seien in den vergangenen Dekaden zudem fürsorgende Elemente des sozialen Rechtsstaates zu Gunsten disziplinierender Elemente revidiert worden, wovon unterschiedliche Gruppen sehr verschieden betroffen seien. Diese Janusköpfigkeit des Staates und der Machtzuwachs der Bürokratie seien »nicht bloß Erscheinungen des politischen und ideologischen Überbaus, sondern wesentliche Bestandteile des neoliberalen Leviathans« (199). Mit der wachsenden Prekarisierung und Ungleichheit verändere sich die Praxis des neoliberalen Staates, der den Individuen je nach Religion, Geschlecht, Rasse und Biografie unterschiedlich gegenübertrete. Macht, Gewalt, Herrschaft und soziale Segregation sind nach Wacquant also das komplementäre Element einer neoliberal funktionalisierten Gesellschaft, die die abstrakte wirtschaftliche Freiheitsidee zur Norm erhebe.

Im dritten Abschnitt ›Der Staat in der neoliberalen Praxis‹ (209–283) beschreiben *Mark Bevir* und *Kim McKee* (209–236) am Beispiel des sozialen Wohnungswesens in Großbritannien die Transformation von Zuständigkeiten und Zielen sowie die Integration von Instrumenten und Methoden der Marktsteuerung und des Wettbewerbs durch staatliches Handeln. Nach einer ersten Reformwelle unter der neoliberalen Ägide Margaret Thatchers kam es nach Bevir/McKee zur zweiten

Welle unter der Blair-Regierung. Hier hätten auch die Ideen eines Dritten Weges und kommunitaristische Ansätze ihren Widerhall gefunden. Damit sei u.a. auf die Folgeprobleme der ersten britischen Welle von Privatisierung, Dezentralisierung und Liberalisierung sowie die wachsenden negativen Effekte für untere Einkommensklassen reagiert worden. Zugleich habe sich damit auch die weitere Dezentralisierung und Aufgabenwahrnehmung auf Netzwerke und die Bürger vor Ort verlagert, um dem Anspruch auf individuelle Partizipation gerecht zu werden. Bevir/McKee skizzieren überzeugend die Phasen, in denen die *Public Choice*-Theorie mit ihren modernistischen Vorstellungen zum Staat und zur Bürokratie einen Perspektivwechsel beförderte und den neoliberalen Diskurs über Rück-/Umbau der Institutionen entscheidend prägte. Exemplarisch wird der Phasenwechsel anhand der Transformation des sozialen Wohnungswesens in Glasgow beschrieben, bei der nunmehr Genossenschaften und Netzwerke unter Einbeziehung der Mieter/Kunden in den Mittelpunkt gerückt seien. Gute Hinweise auf die Ambivalenzen und Paradoxien der Umsetzung des Neoliberalismus durchziehen auch diesen Beitrag, jedoch muss dem Rückschluss von Bevir/McKee nicht gefolgt werden, dass sich daraus in der Gegenwart bereits eine *Governance* jenseits des Neoliberalismus ergebe. Wie sie selbst festhalten, werden die »großen politischen Richtungsentscheidungen [...] auf der Grundlage von Gesetzen, nationalen politischen Rahmenvorgaben und Leitfäden zur bestmöglichen Umsetzung getroffen. Daraus ergibt sich das Paradox, dass die Leute vor Ort auf genau diejenigen Entscheidungen keinen Einfluss haben, die als wichtig für die lokale Gemeinschaft angesehen werden.« (232) Übertragen auf den Gesamtkontext ist dies ebenso wenig ein Paradoxon wie in dem von ihnen untersuchten Teilsegment des Wohnungswesens. Die Grundlinien der neoliberalen Agenda werden bislang vielmehr auf höchster politischer wie institutioneller Ebene nicht verlassen und damit ist die Autonomie der Akteure auf allen nachgeordneten Ebenen sehr beschränkt. Die Betroffenen haben nie die Macht, den finanziellen Zustand substantiell zu verändern, und zugleich wird die Organisation sozialer Aufgaben flexibel über diverse Partizipationsmodelle formell abgesichert. Effektive Mangelverwaltung unter Bürgerbeteiligung verschiebt ebenso effizient Verantwortung und entlastet die Politik.

Die generellen Restriktionen und deren Folgen für nachgeordnete Ebenen sind auch für *Jamie Peck* (237–259) entscheidend. Er beleuchtet dazu die Macht des Austeritätsparadigmas und dessen konkrete Effekte für den finanziellen Föderalismus in den USA, mit dem der sozio-ökonomische Druck und die Bearbeitung der Folgen der

neoliberalen Umverteilungsagenda auf die kommunale und städtische Ebene verlagert worden seien. Auf dieser Ebene, die auf steuerliche Transferleistungen und Unterstützung zur Überwindung von Rückständigkeit im bundesstaatlichen System existenziell angewiesen sei, werde wie im Brennglas deutlich, was neoliberale Politik heißt: die Erosion kommunaler, städtischer Infrastruktur sowie ein harter Sparzwang und Rückbau bis hin zur Insolvenz und Zwangsverwaltung, womit die Stagnation und Regression als ständige Gefahr drohe. Dieser Zwang generiere politisches Wohlergehen und führe dazu, dass ein sich zuspitzender Verteilungskonflikt um knappere Ressourcen als Ergebnis neoliberaler Austerität im Fiskalföderalismus als Katalysator für die von Peck als »Strategien der Verschiebung« (241) identifizierte Handlungsmaxime wirke. Jede sozio-ökonomische, kulturelle oder politische Krise lasse sich dann für einen neuen neoliberalen Schub nutzen, da die Grundrichtung der Politik weder als krisenverschärfendes oder gar krisenauslösendes Moment verantwortlich gemacht noch der Rahmen der Austerität verlassen werde. Peck beschreibt anhand kommunaler, städtischer Beispiele das sich selbst erfüllende Narrativ »über die Krise des Staates [...], welche in materieller und institutioneller Hinsicht auf die subnationale Ebene abgewälzt wird« (258). Die politischen Kämpfe um eine programmatische Umkehr würden so bislang effektiv atomisiert und Regierung wie Verwaltung im neoliberal präformierten Staat nicht länger als Motor progressiver sozialer Investitionen und Innovationen verstanden.

Im abschließenden Beitrag von *Jens Wissel* (263–283) werden die negativen Effekte der Austerität im EU-Staatenbündnis beleuchtet. Auch Wissel stellt die Verschiebung von Verantwortung heraus, etwa bei der Umdeutung der Banken- zur Staatsschuldenkrise nach 2008/09 und den unterschiedlichen Belastungen sozialer Gruppen zur Bereinigung der finanziellen und sozio-ökonomischen Schäden. Diese Politik der Verschiebung werde erst durch einen »autoritären Wettbewerbsetatismus« möglich, den Wissel auf die Konstruktion der EU »als multiskalares europäisches Staatsapparate-Ensemble« (272) zurückführt. Über verschiedene Ebenen, Strukturen, Institutionen, Vereinbarungen und Zuständigkeiten werde eine alternativlose Sachzwanglogik konstruiert, die in unterschiedlichen Phasen das jeweilige staatliche Handeln bestimmt. Negative Rückkopplungseffekte seien einerseits damit eng verbunden, andererseits würden Kritik und Widerstand gegen dieses mehrdimensionale »Ensemble« zwar nicht obsolet, aber in einem »Mehrfrontenkrieg« aufgerieben. Der implizit autoritäre Zug, demzufolge staatliche Interventionen im neoliberalen Sinne als alternativlos gelten, kommt nach Wissel insbesondere in Krisensi-

tuationen stärker zum Tragen, wie etwa bei der politischen Be- und Verarbeitung der sogenannten Eurokrise. In diesen Momenten werde die funktional nüchterne, an bürokratischer Organisationslogik angelehnte Politiksetzung als ›objektiv richtig‹ bzw. ›alternativlos‹ fragil und müsse autoritär stärker gesichert werden. Mit Wessel lässt sich schließen, dass die Stabilität des neoliberalen Umbaus von Staatlichkeit mit der Intention, sozio-ökonomische, politische wie kulturelle Alternativen jenseits des neoliberalen Rahmens auszuschließen, höchst problematisch ist. Denn mit der »Politisierung der EU und ihrer Institutionen« werde die »demokratische Frage wieder auf die Tagesordnung gesetzt und der Bestand der EU ist keineswegs garantiert« (280). Die Strategie der Verschiebung von Verantwortlichkeit bei Beibehaltung des neoliberalen Kurses sei zwar nach wie vor wirkmächtig, aber es sei nicht endgültig ausgemacht, ob etwa das ›Staatsapparate-Ensemble‹ nicht implodieren könne. Die Frage, wie groß überhaupt die Möglichkeit für eine demokratisch legitimierte sozial- und wirtschaftspolitische Alternative zum Neoliberalismus mit anderer Staatlichkeit auf nationaler und/oder auf europäischer Ebene ist, bleibt damit unbeantwortet, was aber nicht dem Autor anzulasten ist.

Prädikat: Lesenswert!

Der von Thomas Biebricher vorgelegte Sammelband bietet dem Leser auf 285 Seiten einen exzellenten Ein- und Überblick zu den neoliberalen Staatsverständnissen im industriellen Kapitalismus, die sich nicht auf die Losung des radikalen Abbaus im Sinne eines ›schlanken Staates‹ reduzieren lassen. Korrigiert werden solche und andere Simplifizierungen und Fehlschlüsse, wie sie in Wissenschaft, Medien und Politik bis heute leider oft wiederholt werden und damit den Blick eher verstellen und ein tieferes Verständnis der neoliberalen Reformprozesse der letzten Jahrzehnte behindern. Anhand der gut aufeinander abgestimmten Beiträge werden verschiedene analytische Zugänge, Kontroversen sowie Ergebnisse des ambivalenten Staatsverständnisses im Neoliberalismus und deren Paradoxien klar und überzeugend aufgeschlüsselt.

Die Einführung von *Thomas Biebricher* (9–27) ist dabei selbst für kundige Leser überaus hilfreich und beschreibt exemplarisch, wie der Staat im neoliberalen Diskurs zwar ständig kritisiert und ›verteufelt‹ wird, zugleich aber der Neoliberalismus ohne aktives staatliches Handeln nie hätte praktisch implementiert und zum dominanten Paradigma der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik hätte werden können. Die dem Staat zugeschriebenen Aufgaben wandelten sich, womit das

jeweilige Staatsverständnis erst in Kombination mit der *Roll Back*- und *Roll Out*-Strategie des Neoliberalismus zu verstehen ist. Gerade dies legt der Sammelband über die drei Abschnitte und die vorgestellten neun Einzelbeiträge exzellent dar.

Christian Christen, *1967, Dr. rer. pol., Deutscher Bundestag, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat ATTAC-Deutschland (cc001@web.de).

Zitationsvorschlag:

Christen, Christian (2018): Rezension: (K)ein Staat zu machen? Thomas Biebricher gibt einen Band zum neoliberalen Grundmythos heraus. (Ethik und Gesellschaft 1/2018: »... auf den Schultern von Karl Marx«). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2018-rez-2> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialetik

1/2018: »... auf den Schultern von Karl Marx«

Christoph Deutschmann

Die Marx'sche Klassentheorie – oft totgesagt, aktueller denn je

Peter Bescherer

Deklassiert und korruptiert: Das Lumpenproletariat als Grenzbegriff der politischen Theorie und Klassenanalyse von Marx und Engels

Christian Grabau

Gleichheit und Gleichgültigkeit

Matthias Möhring-Hesse

Gerechtigkeit ermöglichen. Politische Ethik und materialistische Gesellschaftsanalyse

Markus Rieger-Ladich

Mundgeruch und Achselschweiß. Ideologiekritik nach Marx

Bruno Kern

Karl Marx im Zeitalter der Ökologie

Andreas Mayert

Marx, Ökomarxismus und Postwachstumstheorie

Philipp Geitzhaus

Karl Marx begrüßt die Politische Theologie. Zur Kritik der neuesten politischen Theologie